

II-918 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4601J

A N F R A G E

1984-02-10

der Abgeordneten Bergmann
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Angebot einer österreichischen Bankengruppe,
die Finanzierung des Konferenzpalastes zu übernehmen

Die Grotesken um den unnützen Konferenzpalast bei der UNO-City gehen weiter.

Nachdem Bundeskanzler Dr. Kreisky den Österreichern jahrelang einzureden versuchte, daß der unnötige Konferenzpalast bei der UNO-City von geheimnisvollen Arabern finanziert werde, ohne daß es die Österreicher was kostet, steht jetzt fest, daß die Kredite auch von österreichischen Banken zu den selben Konditionen aufgebracht werden könnten. Der Finanzminister aber will das Geschäft den Arabern zuschanzen.

Damit steht eindeutig fest:

Der Milliarden-Palast, den keiner braucht, muß vom österreichischen Steuerzahler Schilling für Schilling bezahlt werden und ausländische Geldgeber machen fette Gewinne.

Im Mai 1982 sprachen sich mehr als 1,3 Mio. Österreicherinnen und Österreicher im Rahmen eines Volksbegehrens mit ihrer Unterschrift gegen den Bau des österreichischen Konferenzzentrums bei der UNO-City aus. Die damalige sozialistische Alleinregierung mißachtete jedoch diesen Volkswillen und begann am 1. Juli 1982 mit den Bauarbeiten noch bevor sich das Parlament mit dem Volksbegehren befaßt hatte.

Am 6.3.1983 - kurz vor den Nationalratswahlen im April 1983 - verkündeten sodann der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky und Finanzminister Dr. Salcher, daß es ihnen gelungen wäre, eine "besonders günstige Finanzierung" des Baus des Konferenzpalastes durch arabische Geldgeber zu erreichen. An diesem Tag, dem 6.3.1983, erklärte der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky und Finanzminister Dr. Salcher vor dem Plenum des Nationalrates, daß die Unterzeichnung der Verträge mit den arabischen Finanzierungsgruppen noch vor den Nationalratswahlen stattfinden würde und daß bis 30.11. 1983 eine darauf basierende IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle dem Parlament vorgelegt würde.

Nach der Bildung der sozialistischen Koalitionsregierung warfen auch die Freiheitlichen alle Bedenken gegen den Bau des Konferenzpalastes, die sie in ihrer Oppositionszeit gehabt hatten, über Bord und stimmten dem Weiterbau des österreichischen Konferenzzentrums bei der UNO-City zu.

Anlässlich der Klubklausur des sozialistischen Parlamentsklubs Anfang November 1983 in Bad Hofgastein erklärten Finanzminister Dr. Salcher und Staatssekretär Dkfm. Lacina neuerlich, daß die Unterzeichnung der Verträge mit den arabischen Geldgebern kurz bevorstünde. Bis heute sind diese Verträge nicht unterzeichnet.

In der Fragestunde des Nationalrates vom 21.10. 1983 erklärte Finanzminister Dr. Salcher, daß das Angebot der arabischen Finanzierungsgruppe konkurrenzlos günstig sei und er "mit allen Kreditinstituten in Österreich Kontakt aufnehmen habe lassen und keines dieser Kreditinstitute annähernd bereit war, zu derartigen Konditionen in diese Finanzierung einzusteigen". Verschiedenen Meldungen zufolge ist dies jedoch nunmehr der Fall. Eine Banken- und Versicherungsgruppe unter

Führung der CA hat dem Bundesminister für Finanzen ein Angebot unterbreitet, die Konferenzentrumsfinanzierung anstelle der Araber zu den selben Bedingungen, die diesen geboten wurden, zu übernehmen. Dieses Angebot hätte u.a. den Vorteil, daß Österreich nicht wie bei den arabischen Geldgebern ein Währungsrisiko übernehmen müßte und die Dividendenzahlungen - über den Gesamtzeitraum immerhin mehr als 1,26 Mrd.S - im Land blieben und nicht ausländischen Finanzierungsgruppen zugute kämen. In der "Pressestunde" des österreichischen Fernsehens vom 29.1.1984 sagte der Finanzminister, daß die CA kein Angebot gelegt hat, das so gut wie das arabische wäre. Er sagte dies, obwohl die CA in ihrem Finanzierungsangebot ihre weitere Verhandlungsbereitschaft über die Konditionen einer etwaigen Finanzierung des Baus des Konferenzpalastes deponiert hatte.

Diese Entwicklung rund um die Finanzierung des Baus des Konferenzpalastes beweist einmal mehr, daß das stimmt, was die ÖVP in diesem Zusammenhang immer schon gesagt hat; der Bau des Konferenzpalastes kann nur zu marktüblichen Bedingungen finanziert werden. Niemand schenkt Österreich dabei auch nur einen Groschen und am Ende muß der österreichische Steuerzahler diesen unnötigen Bau voll bezahlen.

Angesichts dieser letzten Entwicklung im Zusammenhang mit der Finanzierung des Konferenzpalastes stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende :

A n f r a g e :

1. Hat Sie Finanzminister Dr. Salcher über ein Finanzierungsangebot österreichischer Banken im Detail informiert?
2. Was haben Sie unternommen, damit der Finanzminister dieses Angebot ernsthaft überprüft?
3. Hat Sie der Finanzminister über die Gründe informiert, warum das Geschäft bei der Finanzierung des unnötigen Konferenzpalastes ausgerechnet ausländischen Geldgebern zugeschanzt werden soll?